

Gurten-Manifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik



Die SP tritt an Ort. Dabei könnte die SP mit den Werten, die sie vertritt, viel mehr Menschen ansprechen. Doch dieses Potenzial schöpft die SP zur Zeit nicht aus.

Mit diesem Manifest wollen wir eine Diskussion über ein neues Grundverständnis und einen anderen politischen Stil lancieren.

Das Manifest ist kein umfassendes Programm. Es beschränkt sich bewusst auf jene Aspekte, in denen wir uns Veränderungen wünschen.

Das Manifest will provozieren und die SP und ihre Mitglieder zu einer konstruktiven Debatte herausfordern. Es soll aber auch gegenüber den bürgerlichen Parteien signalisieren, dass sie in Zukunft mit einer differenziert und fortschrittlich politisierenden sozialen Kraft in diesem Land rechnen müssen.

1. Die SP ist viel offener als sie meint.

1

Die SP war während Jahrzehnten die Arbeiterpartei. Die Arbeiterschaft, aber auch die SP-Wählerschaft haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Dass sie heute die heterogenste aller Parteien ist, hat die SP bisher kaum zur Kenntnis genommen.

SP-WählerInnen rekrutieren sich aus allen Einkommens-schichten und Berufsgruppen. Was die SP-Wählerschaft verbindet, sind die gemeinsamen Werte wie Freiheit, gesellschaftliche Solidarität und ökologische Verantwortung. Deshalb ist die SP genauso die Partei für ArbeiterInnen und Angestellte wie für sozial denkende UnternehmerInnen, Gewerbetreibende und aufgeschlossene Selbständige. In ihrem politischen Stil zeichnet sich die SP durch Offenheit gegenüber Andersdenkenden und durch Fairness aus.

2. Die SP ist kein Lobby-Verein.

Zu oft reibt sich die SP in einer kurzatmigen Klientelpolitik auf und lässt sich immer wieder vor den Karren bewegungspolitischer Kamikaze-Kommandos spannen. Damit vergrault sie ihre eigenen Wählerinnen und gewinnt keine neuen dazu.

Die SP ist gut beraten, nicht jeder Referendums- und Initiativforderung einer ihr nahestehenden Aktivistengruppe nachzugeben. Sie kann auch nicht auf jede Sonderforderung der Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Beamten oder anderer gut organisierter Gruppierungen aufspringen. Statt auf Klientelpolitik setzt die SP künftig auf die Wertegemeinschaft, die sie bildet; denn hier liegt ihr eigentliches politisches Potenzial.

3. Die SP stärkt ihren Einfluss in der Konkordanz.

Die SP hat sich nach vielen Diskussionen für die Konkordanz entschieden. Trotzdem verfällt sie immer wieder in die Haltung der Einzelkämpferin. Sie meint, als einzige soziale Kraft im Land dem Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen zu können. Dabei greift die SP immer häufiger auch auf simplifizierende und populistische Argumentationen zurück.

Die politische Arbeit ist komplex und erlaubt keine einfachen Antworten. Schwarz-Weiss-Malerei vermag in der politischen Diskussion nicht zu überzeugen. Die SP steht zur Konkordanz. Zwar wird die SP in Fragen wie der Steuergerechtigkeit auch in Zukunft in Konfrontation gehen müssen. In anderen Bereichen, zum Beispiel in der Sozial- und Ausländerpolitik, muss und kann die SP BündnispartnerInnen finden. Mit ihrer profilierten Politik wird die SP die anderen Parteien wieder dazu bringen, zu ihren Vorschlägen Stellung zu nehmen.

4. Die SP will einen effizienten Staat.

Die SP hat in der Vergangenheit zu leichtfertig nach dem Staat gerufen und ihm immer mehr Aufgaben übertragen. Dabei hat sie zu wenig beachtet, dass auch die staatliche Tätigkeit eine Eigendynamik entwickeln kann, die sich mehr am Erhalt der Eigeninteressen als an Lösungen für die Allgemeinheit orientiert. Sparanstrengungen setzt die SP oft vorschnell mit Sozialabbau gleich.

Die SP will einen effizienten Staat. Sie will die Steuerbelastung in Grenzen halten und die Staatsverschuldung abbauen. Denn es gibt nichts Unsozialeres, als auf Kosten der Nachkommen zu leben. Die SP wird deshalb immer wieder überprüfen, welche Aufgaben der Staat auch in Zukunft übernehmen soll, und wie diese möglichst effizient ausgeführt werden können. Die SP verfällt weder dem naiven Glauben, der Markt erbringe jede Dienstleistung günstiger als der Staat, noch geht sie davon aus, der Staat solle in jedem Fall für gerechtere und sozialere Lösungen. Die SP setzt deshalb vor allem auf ein gutes Zusammenspiel zwischen Markt und Staat.

5. Die SP setzt in der Sozialpolitik auf das Gleichgewicht von Recht und Pflicht.

Ein dichtes soziales Netz, das der Staat bereitstellt, hat unbestreitbare Vorteile. Die negativen Folgen hat die SP aber unterschätzt. Menschen, die ihre Autonomie, Mündigkeit oder Selbstverantwortung aufgeben, verlieren mit dem Respekt ihrer Mitmenschen auch ihre Selbstachtung.

Die SP will keinen Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lähmt. Sie legt deshalb in der Sozialpolitik Wert auf das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten. Die Sozialpolitik schafft Strukturen und Anreize, welche die individuelle Leistungsbereitschaft belohnen. Damit werden Sozialhilfebedürftige oder erwerbslose Menschen nicht mehr als bloße EmpfängerInnen behandelt, sondern als Personen, die zu einer Gegenleistung fähig sind.

6. Die SP akzeptiert eine Begrenzung der Zuwanderung.



Die SP hat es verpasst, eine eigenständige Einwanderungspolitik zu definieren. Dadurch überliess sie die Einwanderung weitgehend dem Diktat einzelner Wirtschaftszweige und der Konjunktur. Dies hat zu einem stets wachsenden AusländerInnenanteil von heute 20 Prozent geführt, Überfremdungsängste wachgerufen und gebietsweise die Integrationsfähigkeit strapaziert.

Die SP sucht nach einer Einwanderungspolitik, welche die längerfristigen Landesinteressen mit sozialer Verantwortung verbindet. Ziel dieser Politik ist die Integration. Damit Integration möglich ist, muss die Zahl der ZuwandererInnen von ausserhalb des EU-Raums begrenzt werden. Die SP versteht gesellschaftliche Integration sowohl als Recht wie auch als Pflicht.

7. Die SP fordert mehr Qualität im Gesundheitswesen.



Die SP konzentrierte sich bisher im Gesundheitsbereich fast ausschliesslich auf die Frage der Finanzierung. Diese Sichtweise ist zu eng. Sie wird den verschiedenen Problemen im Gesundheitswesen nicht gerecht. Vor allem aber werden dadurch die Anreize, möglichst viele Leistungen zu verschreiben respektive zu konsumieren, nicht gedämpft.

Die SP stellt künftig in ihrer Gesundheitspolitik die Qualität und die Wirksamkeit der medizinischen Versorgung stärker in den Vordergrund. PatientInnen müssen besser aufgeklärt werden über Vor- und Nachteile von Behandlungen, und sie sollen wirksamere Anreize für einen vernünftigen Gebrauch von Versicherungsleistungen erhalten. Leistungserbringende sollen in Zukunft auch in die ökonomische Verantwortung gezogen werden.

8. Die SP stärkt die KonsumentInnen.

Die SP ist zu staatsgläubig und zu markt-skeptisch. Sie interessiert sich deshalb auch kaum dafür, die Ausgaben der Haushalte – in Form von Preisen, Tarifen, Prämien oder Gebühren – möglichst tief zu halten. Stattdessen konzentriert sich die SP noch heute fast ausschliesslich darauf, die Haushalteinkommen – Löhne, Renten, staatliche Beihilfen – zu verbessern.

Die SP will die Stellung der KonsumentInnen im Markt massiv stärken. Sie sollen ihre Rolle als Motor für eine soziale, ökologische und innovative Wirtschaft wahrnehmen können. Gut informierte und kritische KonsumentInnen können wichtigen Anliegen der SP zum Durchbruch verhelfen; dazu gehören gute Qualität, anständige Produktionsbedingungen und ein sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiger Konsum.

9. Die SP erkennt das Potenzial der Globalisierung.



Für einen Teil der Linken ist Globalisierung zum reinen Schimpfwort geworden. Diese undifferenzierte Haltung verdrängt, dass wir alle zu den Profiteuren der Globalisierung gehören.

Globale Entwicklungen sollen aus der Sicht der SP nicht Ungleichheiten verschärfen und neue Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie schaffen. Sie sollen viel mehr Entwicklungschancen für die Dritte Welt eröffnen. Deshalb will die SP Wege suchen, wie sie ihre innenpolitischen Anliegen in Bereichen wie Arbeitnehmer-, Konsumenten-, Umwelt- oder Tierschutz mit der Förderung von globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammenbringen kann.

10. Die SP stärkt den 'Service au public'.

Die SP hat sich die Verteidigung des ‚Service public‘ auf ihre Fahne geschrieben. Indem die SP den ‚Service public‘ mit dem Beamtenstatus, dem Erhalt von staatlichen Betrieben und dem Kampf gegen die Liberalisierung verknüpft, vernachlässigt sie die eigentlichen Ziele eines ‚Service public‘. Sie überlädt das Fuder und bringt damit das Ganze in Gefahr.

Die SP konzentriert sich künftig auf den eigentlichen Sinn des ‚Service au public‘: Dies bedeutet, dass Güter und Dienstleistungen, die an eine bestimmte Infrastruktur gebunden sind, der gesamten Bevölkerung in guter Qualität und möglichst kostengünstig zur Verfügung stehen. Die Frage, welche Aufgaben durch den Staat und welche von Privaten zu erbringen sind, geht die SP pragmatisch an. Überall dort, wo Wettbewerb möglich und sinnvoll ist, setzt sich die SP dafür ein, verlangt aber klare und strenge Wettbewerbsregeln.